

Redebeitrag der Seebrücke Dresden auf der Kundgebung der SPD am Internationalen Tag gegen Rassismus

Der Internationale Tag gegen Rassismus wurde von den Vereinten Nationen 1966 ausgerufen und findet seit dem jedes Jahr am 21. März statt. Ein Tag für ein Problem, das Millionen von Menschen betrifft, die ausgegrenzt sind auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer Lebensplanung, ist viel zu wenig und ändert nichts. Trotzdem ist es gut, dass er so im Kalender steht und wir heute hier alle kurz innehalten. Für uns als Seebrücke ist er wie alle anderen Tage im Jahr Verpflichtung, dem Rassismus in allen seinen Formen entgegen zu treten.

Wir als Seebrücke Dresden sind Teil der Internationalen Initiative Seebrücke. Wir bauen Brücken zu sicheren Häfen, um Menschen auf der Flucht einen sicheren Weg und ein menschenwürdiges Ankommen zu gewährleisten. Wir erwarten von der deutschen und europäischen Politik sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind. Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. Erst am Donnerstag jährt sich zum 5. mal der EU-Türkei-Deal, welcher dafür gesorgt hat, dass Menschen, denen jeglicher Anspruch auf ihre Rechte genommen wurde, unter unwürdigsten Bedingungen in Camps auf griechischen Inseln leben müssen. Genau das ist Rassismus. Migration ist und war schon immer Teil unserer Gesellschaft! Statt die Grenzen dicht zu machen, brauchen wir ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen.

Was bedeutet der Tag für Dresden? „Unsere Stadt darf nicht denen überlassen werden, die Rassismus und Hetze verbreiten. Diesem rassistischen Nährboden müssen wir etwas entgegensetzen. Wir müssen die Demokratie verteidigen, Grenzen setzen und die Opfer schützen!“ Das waren Worte unseres Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2018. "Das Bild von Dresden muss wieder geradegerückt werden. Rechtspopulisten haben einen großen Zulauf. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Ich möchte Dresden zur Vorzeigestadt beim Thema Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen machen.“ Das sagte er nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister 2015.

Und wie sieht die Realität aus? Dresden ist eine Stadt, in der latenter Rassismus in allen Sphären Alltag ist. Menschen werden verbal und körperlich attackiert, weil sie auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer Lebensplanung, ihrer Sprache nicht ins eigene Weltbild passen. In der Öffentlichkeit für alle sichtbar, im Stillen in Ämtern und Behörden. Seit über 6 Jahren ist die rassistische Pegida auf Straßen und Plätzen unterwegs. Querdenker*innen ziehen mit allem, was Rechts Rang und Namen hat, ums Eck. Nazis bekommen seit Jahren immer im Februar die Möglichkeit, prominent ihre Gesinnung öffentlich zu präsentieren. Der größte Teil der über 500.000 Einwohner*innen schweigt dazu. Die wenigen, die hörbar und sichtbar einschreiten, sind die, gegen die man sich wendet. Mit allem, was die Macht erlaubt.

Ist das die Stadt, in der wir leben möchten?

Unsere Visionen? Wir haben als Seebrücke eine ganz einfache: Dresden muss sicherer Hafen werden. Menschen aus unserer Stadt haben mit der Mission Lifeline eine Seenotrettungsorganisation ins Leben gerufen. Menschen aus unserer Stadt retten Leben im Mittelmeer. Sie helfen Menschen in den Elendslagern an Europas Außengrenzen und mitten im reichen Europa. Es ist unsere Aufgabe, denen, die es bis zu uns schaffen, ein menschenwürdiges Ankommen zu sichern. Wir haben den Platz und die Möglichkeiten.

In der Bundesrepublik gibt es mittlerweile 237 sichere Häfen. Das sind Kommunen aber auch ganze Landkreise. Genau zwei Landeshauptstädte sind nicht dabei. Eine davon ist die sächsische Landeshauptstadt Dresden. Zweimal ist der Antrag im Stadtrat, Dresden zum sicheren Hafen zu machen, abgelehnt worden. Das Zünglein an der Waage war beide Male unser Oberbürgermeister. Er hat uns auch kommuniziert, dass er einem solchen Antrag niemals seine Zustimmung geben wird. Er fühlt sich für solche einfach nur menschlichen Forderungen wie

- die Entkriminalisierung der Seenotrettung und neue staatliche Rettungsmissionen.
- die Aufnahme von mehr Menschen, als es das Gesetz vorschreibt
- die Sicherung eines menschenwürdigen Ankommens

nicht zuständig. Lasst uns gemeinsam einen weiteren Versuch unternehmen, unsere Stadt zum sicheren Hafen zu machen. Nötigen wir als Zivilgesellschaft unser Stadtoberhaupt und die Stadträt*innen, die sich dem Vorhaben verschließen zu einem positiven Votum. Wir werden in den kommenden Wochen Initiativen, Organisationen, Vereine, Kulturschaffende, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Hochschulen und Institute, Firmen, Parteien und Gewerkschaften ansprechen und sie um eine öffentliche Positionierung bitten. Unterstützt uns bitte dabei. Lasst uns wissen, wen ihr persönlich mit ins Boot holen könnt.

Und wir sagen einfach Danke! Auf das Dresden noch in diesem Jahr ein sicherer Hafen wird.